

»Nicht im Interesse der Patienten«

Fehlende Aufarbeitung des Skandals um Verkauf der Unabhängigen Patientenberatung an Pharmadienleister. **Gespräch mit Günter Hölling**

Anfang 2016 wurde die Unabhängige Patientenberatung Deutschland, kurz UPD, durch die Sanvartis GmbH übernommen. Zuvor war Ihr Verband einer von drei Trägern der Einrichtung. Jetzt ist Sanvartis samt UPD an den Pharmadienleister Careforce weiterverkauft worden (siehe *jW* vom 29.8.). Hat das für Sie eine neue Qualität?

Schon bei der Vergabeentscheidung im Jahr 2015 ist der Zuschlag an Sanvartis von vielen Organisationen und Fachleuten kritisiert worden, weil sie die Unabhängigkeit nicht mehr gewährleistet sahen. Sanvartis war damals bereits als Dienstleister für Krankenkassen und Pharmaindustrie tätig. Der Verkauf an Careforce bestätigt jetzt diese Kritik. Die UPD wird zum Spielball von Wirtschaftsinteressen im Gesundheitswesen.



Günter Hölling ist geschäftsführender Vorstand beim Verbund unabhängige Patientenberatung e. V. (VuP)

Rechtlich ist gegen den Deal wohl nichts einzuwenden, oder doch?

Das wird sich noch zeigen. Schließlich ist mit dem Verkauf auch ein neuer Gesellschafter im Hintergrund der UPD tätig, der mit Hilfe eines sogenannten Beherrschungsvertrages die UPD an sich bindet, obwohl er nie einen Zuschlag bekommen hat. Politisch ist deutlich geworden, dass eine kommerzielle Nutzung der UPD nicht im Interesse der Patienten liegt und eine Rückführung in die Regie der gemeinnützigen Patienten- und Verbraucherorganisationen erfolgen muss. Diese Selbstverwaltung wird Ärzten, Krankenhäusern oder Krankenkassen zugestanden – warum nicht auch Patienten?

Die Beteiligten betuern die Unabhängigkeit der UPD als eigenständige Gesellschaft, die noch dazu einem System ständiger Kontrolle und wissenschaftlicher Begleitung unterliege. Wieso trauen Sie der Sache dennoch nicht?

Es gibt gleich mehrere Interessenkonflikte. Das erste Problem besteht in der Vergabe durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen, kurz GKV-Spitzenverband. Dort beschwerten sich viele Ratsuchende über Entscheidungen und das Verhalten von Krankenkassen. Die Vergabe an ein privatwirtschaftliches Unternehmen ist das zweite Problem, wegen dessen Gewinnorientierung. Die Vergabe an Sanvartis und der Verkauf an Careforce sind das dritte Problem, weil es

tendenziell zu Interessenkonflikten mit Anbietern im Gesundheitssystem kommt.

Was besagt der Beherrschungsvertrag zwischen Sanvartis und der UPD?

Beherrschungsvertrag bedeutet, dass die UPD als Gesellschaft nicht eigenständig ist, sondern von der Muttergesellschaft »beherrscht« wird. Diese stellt zum Beispiel den Geschäftsführer ein. Die UPD ist also abhängig von der Muttergesellschaft. Und wenn die Vorwürfe unerlaubter Gewinnerzielung durch Scheingeschäfte mit Softwarelizenzen zwischen Muttergesellschaft und UPD stimmen, kann auch der Gemeinnützigkeitsstatus der UPD nicht mehr aufrechterhalten werden. Das Kartenhaus würde in sich zusammenfallen.

Sie sehen hier also einen Ansatzpunkt, juristisch gegen die Beteiligten vorzugehen?

Das ist richtig. Nur sind die früheren gemeinnützigen Gesellschafter der UPD im strittigen Vergabeverfahren mit extrem hohen Verfahrenskosten belastet worden. Dadurch konnten sie eine gerichtliche Auseinandersetzung aus finanziellen Gründen nicht mehr führen. Alle bisherigen Versuche zur Herstellung von Transparenz liefen ins Leere, obwohl es sich um die Verwendung von öffentlichen Geldern und Krankenkassenbeiträgen handelt.

Auf dem Wege erhielt man dann auch Einblick in die Verträge?

Ja. Alle wichtigen Informationen sind als Betriebsgeheimnis titulierte und damit einer öffentlichen Einsichtnahme entzogen worden. Auch der GKV-Spitzenverband verhindert die Offenlegung. Selbst das Parlament hatte keinen Einblick. So darf das nicht gehen: Die Mittelverwendung und Arbeitsergebnisse müssen transparent sein.

Sehen Sie Chancen, dass die Bundesregierung interveniert?

Die Ereignisse erfordern eine umgehende öffentliche und parlamentarische Aufklärung sowie eine Kontrolle durch die Aufsichtsorgane, das Finanzamt und den Bundesrechnungshof. Zusätzlich wäre es wichtig, dass der Gesetzgeber eine rechtliche Neuregelung auf den Weg bringt – und zwar eine, die eine zuverlässige und vertrauenswürdige unabhängige Patientenberatung in Regie der maßgeblichen Patientenorganisationen als Regelangebot vorsieht.

Interview: Ralf Wurzbacher



Beratung. Die beiden koreanischen Staaten treiben ihre Annäherung voran. Südkoreas Präsident Moon Jae In schickte am Mittwoch eine fünfköpfige Delegation nach Pjöngjang, wo diese mit Staatschef Kim Jong Un zusammentraf. Die Gruppe wurde angeführt vom nationalen Sicherheitsberater Chung Eui Yong, der Kim einen persönlichen Brief Moons übergab. Die Ergebnisse der Begegnung will Seoul am heutigen Donnerstag bekanntgeben. Im Vordergrund des Besuchs stand der für September geplante Korea-Gipfel in Pjöngjang, auf den sich Moon und Kim im April geeinigt hatten. (dpa/iW)

Theoretisch mehr Mieterrechte

Kabinett verschärft Preisbremse und beschließt neue Hightechstrategie

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch schärfere Regeln für Vermieter auf den Weg gebracht und die Mieterrechte gestärkt – zumindest in der Theorie. Die sogenannte Mietpreisbremse für Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt wird unter anderem mit neuen Auskunftspflichten für Vermieter verschärft, die eine Miete verlangen, die mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Die Verschärfung war ein zentrales Anliegen der SPD, zuständig ist Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD). Nun kann das Gesetz im Bundestag diskutiert, gegebenenfalls geändert und beschlossen werden. In Regionen mit Wohnungsmangel sollen Vermieter demnach nur noch acht Prozent statt wie bisher elf Prozent der Modernisierungskosten auf Mieter umlegen dürfen, dazu gibt es eine Kappungsgrenze von drei

Euro Mieterhöhung pro Quadratmeter. Zudem gilt es fortan als Ordnungswidrigkeit, Modernisierungen mit der Absicht anzukündigen oder durchzuführen, die alten Mieter loszuwerden.

In der Praxis könnten »Recht haben« und »Recht bekommen« jedoch zwei Paar Stiefel bleiben. »Auch die verschärfte Mietpreisbremse wird den Wohnraummangel in den Ballungszentren kaum lösen können«, sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, am Mittwoch dem *Handelsblatt*. Die neuen Regelungen seien zwar schärfer als bislang. »Dennoch werden sie in der Praxis kaum die gewünschte Wirkung erzielen.« Wenn 30 oder 40 Bewerber um eine preiswerte Wohnung konkurrieren, seien sie nicht in der Lage, gegenüber dem zukünftigen Vermieter von vornherein ihre Rechtsposition durchzusetzen.

»Die Regelungen können nur in Einzelfällen ein Baustein sein, um überzogene Mieten zu verhindern.«

Das Kabinett beschloss am Mittwoch außerdem die neue Hightechstrategie zur Forschungs- und Innovationsförderung bis zum Jahr 2025. Die Regierung investiert demnach in diesem Jahr mehr als 15 Milliarden Euro. Die Strategie solle »den Menschen Orientierung geben, neue Perspektiven aufzeigen und Mut und Lust auf Zukunft machen«, sagte Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU). »Ich begrüße das sehr, allein mir fehlt der Glaube daran« erklärte die Vizechefin der Linksfaktion, Petra Sitte. Statt auf Transparenz und Teilhabe werde hier »vermehrt auf Unternehmertum und wirtschaftliches Eigeninteresse gesetzt«.

(dpa/iW)

■ Siehe Seite 4 und 8

NACHRICHTEN

Israel: Gericht erlaubt Räumung von Beduinendorf

Tel Aviv. Israels höchstes Gericht hat die Räumung eines Beduinendorfes im Westjordanland erlaubt. Das Gericht wies am Mittwoch Klagen von Einwohnern von Chan Al-Ahmar gegen den Schritt zurück. Laut der Entscheidung kann die Räumung des Ortes in einer Woche beginnen. Die Beduinensiedlung befindet sich östlich von Jerusalem in dem strategisch wichtigen Gebiet »E 1«. Israel will die mehr als 180 Bewohner von Chan Al-Ahmar auf ein wenige Kilometer entferntes Grundstück umsiedeln. (dpa/iW)

Estnischer Soldat wegen Spionageverdachts verhaftet

Tallinn. Die estnischen Behörden haben einen russischstämmigen Offizier der Armee und dessen Vater wegen des Verdachts auf Landesverrat festgenommen. Gegen die beiden Männer werde wegen der Weitergabe von Staatsgeheimnissen

und vertraulicher Informationen an den russischen Militärgeheimdienst GRU ermittelt, teilte die Generalstaatsanwaltschaft am Mittwoch in Tallinn mit. Die Festgenommenen sollen den Angaben zufolge vermutlich mehr als fünf Jahre lang Militärinternas an Russland übermittelt haben. Darüber seien auch die NATO-Verbündeten informiert worden, sagte Armeechef Riho Terras. (dpa/iW)

Athen muss mehr für Kreditaufnahme zahlen

Athen. Gut zwei Wochen nach dem Ende der »Finanzhilfen« für Griechenland ist die Kreditaufnahme für Athen wieder teurer geworden. Am Mittwoch stieg die Rendite für zehnjährige Staatsanleihen an den Kapitalmärkten auf 4,6 Prozent und lag damit 0,8 Prozent höher als Ende Juli. Finanzexperten gehen davon aus, dass »die Märkte« damit unter anderem auf Pläne für den griechischen Staatshaushalt reagiert haben. Regierungschef

Alexis Tsipras will diese am Wochenende bekanntgeben. Er hatte bereits angedeutet, eine mit den Gläubigern vereinbarte Rentenkürzung zum 1. Januar 2019 nicht umsetzen zu wollen. (dpa/iW)

Sexueller Missbrauch Thema bei Bischofstreffen

Fulda. Die katholischen Bischöfe in Deutschland wollen sich bei ihrer Herbstvollversammlung in Fulda vom 24. bis zum 27. September mit der Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen in kirchlichen Einrichtungen beschäftigen. Eine 2013 begonnene und nun abgeschlossene Studie stehe im Mittelpunkt der Beratungen, wie die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) am Mittwoch mitteilte. Die Untersuchung drehe sich um den Missbrauch durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der DBK. Für die Gespräche zu diesem Thema sei der Dienstag (25. September) vorgesehen. (dpa/iW)